

Umverteilung stoppen

—

**Soziale Liste fordert
mehr tun für Kinder,
Arme und Familien**

**Zur Haushaltsdebatte am 19. April 2007
im Rat der Stadt Bochum**

Soziale Liste im Rat

E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de

Internet: <http://www.bo-alternativ.de/category/gruppen/soziale-liste>

Tel.:0234/910 1047 ; Fax.:0234/910 1048

Willy-Brandt-Platz 1-3

44777 Bochum

PRESSEINFORMATION

Soziale Liste zur 24. Sitzung des Rates:

Anfrage zum Steiger Award – Für alternative Zukunftsprojekte, gegen neue Fahrpreiserhöhungen – Kommunale Stiftung „Gegen Armut in unserer Stadt“ gefordert.

In der gestrigen Ratssitzung stellte die Soziale Liste Bochum eine schriftliche Anfrage zum Thema einer möglichen Unterstützung des „Steiger Award“ durch die Stadt. Gefragt wird, ob Stellen der Stadt Bochum finanzielle oder sonstige Unterstützung für den „Steiger Award“ geleistet haben. Weiter: „Ist es richtig, dass neben dem 'Peoplemagazin REVUE', die Stadtwerke Bochum GmbH, die Jahrhunderthalle Bochum und EßKAPADE zu den Sponsoren des diesjährigen 'Steiger Award' gehören?“ (Die Anfrage dokumentieren wir in der Anlage.)

In der Haushaltsdebatte forderte Günter Gleising, Gruppensprecher der Sozialen Liste im Rat, die Aufgabe der Blockadepolitik der Stadtwerke gegenüber der Anwendung und Nutzung der Geothermie. Gleising: „Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiedebatte fragen wir, wann, wenn nicht jetzt, wollen unsere Stadtwerke einen Beitrag zur Forschungen und Investitionen im Bereich alternativer Zukunftstechnologien leisten?“ Unverständlich sei auch, dass das Erdwärmeprojekt Prometheus in Querenburg derzeit „auf Eis liegt“. Gleising: „Was in anderen Regionen schon angewandt wird, wird in Bochum offensichtlich verschlafen.“

Als lokale Antwort auf die Klima-Veränderungen, die Energiekrise, die aktuellen Verkehrs- und Transportprobleme und den Arbeitsplatzabbau bei Opel forderte die Soziale Liste Initiativen der Stadt Bochum zur Schaffung von alternativen Antrieben, Energien und Verkehrskonzepten. In diesem Zusammenhang forderte Gleising zum Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen im VRR um 4% und geplante Einschränkungen im Angebot des ÖPNV: „Diese Pläne sind sozial unzumutbar, umweltpolitisch schädlich und vergrößern die Verkehrsprobleme“.

Einen großen Teil seiner Rede widmete Gleising der wachsenden Armut in der Stadt. Er bezeichnete es „schlichtweg als großen gesellschaftspolitischen Skandal, dass in der Stadt Bochum nach Schätzungen des Kinderschutzbundes 12.000 Kinder in Armut leben müssen.“ Er bemängelte das an Bochumer Schulen das Pausenbrot und das Mittagessen an Ganztagschule immer mehr zu einem Problem wird. Das „Kinder aus armen Familien hier oft ausgegrenzt vor der Tür stehen. Auch das Problem der Anschaffung von Schulbüchern und Schulmaterialien müsse geklärt werden.“ Gleising nannte zu diesem Thema einige Zahlen: Ein Kind unter

14 Jahren aus einer Familie im ALG II-Bezug bekommt, 60% des Regelsatzes = 207 Euro pro Monat. Das Kindergeld ist da schon eingeschlossen. Das ergibt, dass 2,59 Euro täglich für Ernährung zur Verfügung stehen. Für Spielsachen sind das monatlich 76 Cent, für Schreibwaren/ Zeichenbedarf 1,10 Euro, für Bekleidung und Schuhe 20 Euro und für ein Fahrrad 1,33 Euro monatlich.

Günter Gleising: Wir schlagen vor, konzentriert und konsequent die Situation von Kindern und Familien in den Mittelpunkt kommunalen Handelns zu stellen und deren Situation zu verbessern und regte an, eine kommunale Stiftung „Gegen Armut in unserer Stadt“ zu gründen.

In der Anlage dokumentieren wir die Haushaltsrede der Sozialen Liste Bochum.

Bochum, 20.04.2007

Haushaltsrede von Günter Gleising, Sprecher der Rats-Gruppe der Sozialen Liste Bochum in der Ratssitzung am 19. April 2007

„Aufschwung nachhaltig und robust“, das hören wir allenthalben, so robust, dass er auch die Mehrwertsteuererhöhung locker überstanden hat. Auch das Geld fließt reichhaltig. Die Konzerne machen Rekordgewinne, die Unternehmer verdienen wie noch nie. Allein die dreißig Konzerne im DAX an der Börse haben im Geschäftsjahr 2006 elf Prozent mehr Gewinn als im Jahr zuvor gemacht. Die Gewinnsteigerung betrug in Zahlen ausgedrückt 56 Mrd. Euro. (RN 20. 11. 2006 und WAZ 21. 11. 2006)

Gute Zeiten also auch für die Städte und Gemeinden, könnte man meinen, denn wenn die Konjunktur blüht, nimmt auch die öffentliche Hand mehr Geld ein. Auch könnte man vermuten, eine schwierige Zeit sei überstanden, jetzt ginge es mit der Stadt aufwärts. Doch das Gegenteil ist der Fall: Mit der so genannten Unternehmenssteuerreform sollen den Städten und Gemeinden gut 2 Mrd. Euro Gewerbesteuer wieder entzogen werden. Schlüsselzuweisungen, Ausgleichsabgaben und Zuschüsse von Bund und Land werden ebenfalls zum Teil beträchtlich gekürzt.

Deshalb erneuere ich unsere Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, die den Namen Reform verdient und den Gemeinden und Städten wieder den ihnen vom Grundgesetz eingeräumten Platz gibt, der es ermöglicht, nicht nur den Mangel zu verwalten, sondern Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Bochum zu machen – diese Stadt und die Politik zu gestalten.

Ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist die kommunale Selbstverwaltung. Aber ohne Finanzen wird die Demokratie der Seele beraubt.

Die zentralen Zahlen und Kernpunkte dieses Haushalts sind nach wie vor bedrohlich:

Bochum hat über eine Milliarde Schulden. Bochum verkauft Grundstücke, Wohnungen und Einrichtungen. Bochum will bei den Personalkosten sparen. Abgaben und Gebühren werden kontinuierlich, immer zum Jahresende, erhöht. Die Finanz- und Haushaltspolitik steht unter der Aufsicht und den Beschränkungen des Regierungspräsidenten. Und in den nächsten Wochen geht wieder das große Zittern los, ob der RP den Haushalt genehmigt. Kurz: Durch die schlechte Finanzlage ist die kommunale Selbstständigkeit der Stadt erheblich eingeschränkt.

Es ist paradox: Unternehmen schwimmen im Geld, aber die Umverteilung von unten nach oben soll weitergehen wie bisher, so will es die CDU / SPD Regierung in Berlin.

Unsinnige und zu teure Prestigeobjekte

Der vorgelegte Haushalt 2007 setzt die Politik der aus unserer Sicht unsinnigen und nicht zu finanzierenden Prestigeobjekte, die oft nur Standortkonkurrenz zu anderen Städten sind, fort:

Konzerthaus im Marienviertel, Exzenterhaus in Wiemelhausen, die Pläne zum Stadtturm am Hauptbahnhof, Golfplatz Amalia/Berghofer Feld, die geplanten Wasserspiele für den Boulevard usw. usf.

Dabei ist gerade bei dem eben fertig gestellten Boulevard zu fragen, ob Aufwand und Ergebnis in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Dies gilt besonders auch vor dem Hintergrund der stetig steigenden Folgekosten, die der U-Bahn-Bau in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschlingen wird.

Dies gilt auch vor dem Hintergrund planerischer und konzeptioneller Mängel.

Eine Studie spricht schon jetzt, wenige Monate nach der Eröffnung des Boulevards, von „schwierigen Rahmenbedingungen“ und „besonderen Herausforderungen“ für den Boulevard. Bis heute ist nicht geklärt, was der Boulevard denn nun ist, eine Fußgängerzone, eine verkehrsberuhigte Straße oder eine normale Durchfahrtsstraße mit Geschwindigkeitsbeschränkung?

Auch die Frage, was mit Kinder- und Ruhezeiten im Boulevard ist, ist nicht beachtet worden, von Verkehrsproblemen und Stolperfallen ganz zu schweigen.

Ich nehme bewusst dieses Beispiel, weil der Boulevard der zentrale Punkt der Bochumer Stadtpolitik in den letzten 10 und mehr Jahren war und hier die meisten Ressourcen hinein flossen.

Dabei ist Stadtplanung manchmal ganz einfach: Sehen wir uns den Husemannplatz an. Dies ist Bochums meistbesuchter Platz geworden, dank bürgerfreundlicher Gestaltung. Oftmals ist hier jeder Sitzplatz besetzt, Kinder spielen und klettern auf dem Brunnen und viele Bürger genießen das schöne Wetter oder machen Pause, ohne gleich etwas verzehren oder kaufen zu müssen. Hierzu kann ich nur sagen: Zugabe! Davon brauchen wir mehr in der Stadt.

Mehr Kaufkraft statt mehr Shopping-Fläche

Kommen wir zum Masterplan, der im letzten Jahr nach langer Diskussion auf den Weg gebracht worden ist. Wir bemängeln, dass die reichen Informationen aus dem Masterplan nur unzureichend verwendet werden und auch universitärer und gewerkschaftlicher Sachverstand hierfür nicht genügend abgefragt und genutzt wird. Mit der Ansiedlung weiterer Lidl-Märkte, den Plänen von IKEA ein Kaufhaus in Harpen zu errichten, mit den Spekulationen um das Gelände der Justizbehörden und am ehemaligen Güterbahnhof wird der Masterplan womöglich weiter ausgehöhlt.

Schon befürchten manche, dass der Masterplan Makulatur sei. Was Bochum braucht, ist nicht mehr Shoppingfläche, sondern mehr Kaufkraft. Das sage nicht nur ich, sondern die Gewerkschaften gleichermaßen wie Immobilien-Experten und unabhängige Gutachter. In Bezug auf den Masterplan ist aus unserer Sicht Kontinuität und Standhaftigkeit gefragt und kein Schwanken im Wind.

Noch keine Antwort auf die Opelkrise

Wir alle begrüßen sicherlich die Klarheit, dass Bochum auch weiterhin eine Stadt der Autobauer bleibt. Ein Grund zum Jubeln sind die Beschlüsse von General Motors allerdings nicht. Dazu sind der weitere Arbeitsplatzabbau und die sozialen Einschnitte für die Belegschaft in Bochum und den anderen Standorten zu groß.

Das Handlungskonzept „Bochum 2015“ wurde als Reaktion auf die Opelkrise vor zwei Jahren erstellt und formuliert: „Bochum nutzt die Krise als Chance“. Aber aktuelle Antworten auf die Opel-Krise und die Arbeitsplatzverluste müssten langsam gegeben werden. Die sind jedoch nicht zu erkennen. Vor allem ist nicht zu erkennen, wie die Kompetenz der ausscheidenden Opel-Mitarbeiter sinnvoll eingesetzt werden könnte. Vor dem Hintergrund der Klima-Veränderungen, besser der Klima-Katastrophe, würde sich hier ein reichhaltiges Betätigungsfeld anbieten, etwa in Richtung alternativer Antriebsenergien wie Metanol und Hybrid, alternativer Antriebe und Transportmittel.

So könnte z.B. geprüft werden, ob und wie Solar- oder Elektrofahrzeuge für den Personen-Nahverkehr oder für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung entwickelt und eingesetzt werden könnten.

Lokale Antwort auf die Klimaveränderungen

Vor dem Hintergrund der Energiekrise und der aktuellen Verkehrs- und Transportprobleme kommt diesen neuen Entwicklungen und Technologien eine große Bedeutung zu. Hier tätig zu werden, Kompetenz an die Stadt zu binden, Entwicklungen zu fördern, so etwas könnte zum Pilotprojekt – auch in Richtung Nachhaltigkeit und Agenda-Arbeit werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Schädlichkeit der Kürzungen für den Personennahverkehr durch den Bund und das Land hinweisen. Gerade heute berichten die Zeitungen, dass die Stadt Bochum 30 Mio. Euro mehr für die Bogestra aufwenden muss, weil die Landeszuschüsse sinken. Auf der anderen Seite will die Landesregierung das Land immer autogerechter ausbauen.

Hier werden Finanzbeschlüsse zu Ungunsten der Städte und Gemeinden getroffen, die sich in gravierender Weise negativ auf die Bürger unserer Stadt auswirken. Gemeinsam sollte hier Widerstand geleistet werden. Wir lehnen die erneuten Fahrpreiserhöhungen des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR) zum 1.8.2007 um 4%, und die geplanten Einstellungen von Linien und die Verschlechterung von Zeittakten ab. Diese Pläne sind sozial unzumutbar, umweltpolitisch schädlich und

vergrößern die Verkehrsprobleme im Ruhrgebiet. Der Öffentliche-Personen-Nahverkehr entwickelt sich so immer mehr zu einem Standortnachteil, das sollten wir nicht mehr hinnehmen.

Zur Zeit wird viel über Energie und Klimapolitik geschrieben und geredet. Doch offensichtlich hat die Diskussion bei unseren Stadtwerken noch nicht zu neuen Einsichten geführt. Schlichtweg unverständlich ist die kritische Beurteilung der Stadtwerke Bochum bezüglich der Anwendung und Nutzung der Geothermie. Ebenso unverständlich ist es, dass das Erdwärmeprojekt Prometheus in Querenburg aus finanziellen Gründen derzeit „auf Eis liegt“.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiedebatte fragen wir, wann, wenn nicht jetzt, wollen unsere Stadtwerke einen Beitrag zu Forschungen und Investitionen im Bereich alternativer Zukunftstechnologien leisten?

Was in anderen Regionen schon angewandt wird, wird in Bochum offensichtlich verschlafen.

Gegen wachsende Armut in Bochum

Die Gewinne und der Reichtum bei Einigen mehren sich, das war mein Ausgangspunkt. Gleichzeitig breiten sich Armut und Not auch in unserer Stadt weiter aus. Schlichtweg als großen gesellschaftspolitischen Skandal möchte ich die Tatsache bezeichnen, das in unserer Stadt nach Schätzungen des Kinderschutzbundes 12.000 Kinder in Armut leben. Alleinerziehende Frauen und Männer sind von Armut überdurchschnittlich betroffen. Das Armutsrisiko steigt mit der Kinderzahl.

- An Bochumer Schulen wird das tägliche Pausenbrot und das Mittagessen an Ganztagschulen immer mehr zu einem Problem. Kinder aus armen Familien stehen hier oft ausgegrenzt vor der Tür.
- Ein anderes Beispiel: Bald steht wieder das neue Schuljahr vor der Tür. Schulmaterialien, Kopiergeld und Schulbücher müssen beschafft werden. Auch hier fehlt oftmals das nötige Geld.

Ein paar Zahlen zu diesem Thema:

Ein Kind unter 14 Jahren aus einer Familie im ALG II-Bezug bekommt, 60% des Regelsatzes = 207 Euro pro Monat. Das Kindergeld ist da schon eingeschlossen. Das ergibt, dass 2,59 Euro täglich für Ernährung zur Verfügung stehen. Für Spielsachen sind das monatlich 76 Cent, für Schreibwaren/Zeichenbedarf 1,10 Euro, für Bekleidung und Schuhe 20 Euro und für ein Fahrrad 1,33 Euro. (Info, Unabhängige Sozialberatung)

Mit Interesse habe ich gehört, dass jetzt die Spielplätze und Spielorte von Kindern und Jugendliche in der Stadt erfasst und analysiert werden sollen. Aber das böse Erwachen wird möglicherweise groß sein. Denn die Spielplätze innerhalb von Wohngebieten und Wohnanlagen sind oft in einem trostlosen Zustand. Hinzu kommt, dass Freiflächen zunehmend verbaut werden.

Ich will nicht einseitig sein. Es gibt bei allem auch gegenteilige Entwicklungen. Armut ist nicht überall. In vielen Schulklassen hat sich der Gedanke der Solidarität entwickelt. Eltern, Lehrer, auch Kindereinrichtungen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung leisten oftmals viel zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Trotzdem muss aus unserer Sicht eine Konsequenz für die weitere Entwicklung unserer Stadt gezogen werden: Die Familien- und Sozialpolitik, mit besonderer Gewichtung auf die Kinder, muss verstärkt werden. Die Förderung von Kindern und Familien muss ein Schwerpunkt städtischer Politik werden. Ich möchte hierbei den Sozialbericht und besonders die demografische Entwicklung in unserer Stadt in Erinnerung rufen.

Nicht zuletzt: Auch die verschiedenen Pisa- und diversen anderen Studien machen eine erschwingliche und sozial organisierte Betreuung von Kindern in Horten, Schulen und Freizeit dringend geboten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist das jetzt auf den Weg gebrachte „U.Fa.Flex-Modell“.

Für eine Stiftung „Gegen Armut in unserer Stadt“

Wir schlagen vor, konzentriert und konsequent die Situation von Kindern und Familien in den Mittelpunkt kommunalen Handelns zu stellen und deren Situation zu verbessern. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Wie weit ist das in diesem Zusammenhang angedachte oder geplante Projekt einer „Bürgerstiftung“ gediehen, das im vergangenen Jahr im Rahmen der Diskussion um die Schulmittel für Kinder aus ALG II-Haushalten ins Spiel gebracht wurde? Ich könnte mir vorstellen, dass eine kommunale Stiftung viel Gutes bewirken könnte. Also schaffen wir doch diese kommunale Stiftung „Gegen Armut in unserer Stadt“.

Vielleicht gelingt es ja, dass Bochum eine besondere Ausstrahlung und Attraktivität gewinnt, als kinderfreundlichste Stadt im Ruhrgebiet.

Auch dies wäre ein guter und beachteter Standortvorteil. Denn wir hören und sehen es diese Woche: „Kinder sind Zukunft“.

Für eine soziale Haushaltspolitik in einer solidarischen Stadt Bochum

Auch in diesem Jahr ist es so: Die Soziale Liste lehnt den Haushalt ab. Für die Haushaltspolitik hält die Soziale Liste folgende Punkte für notwendig:

- Ein kommunales Investitions- und Beschäftigungsprogramm, auch um die Infrastruktur in den Innenstädten und den Stadtbezirken weiter zu entwickeln, die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten zu verbessern, Gebäude und Landschaften zu erhalten und zu pflegen, bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu helfen, ist zentraler Punkt alternativer Stadtpolitik.
- Dreh- und Angelpunkt dabei ist eine kommunale Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft. In diesem Zusammenhang will ich nochmals auf den Skandal hinweisen, dass in den vergangenen drei Jahren über 40 Mio. Euro für

Bochum bestimmte Fördergelder an die Bundesagentur für Arbeit nach Nürnberg zurück geflossen sind. Allein mit diesem Geld hätte eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft viel Sinnvolles und viel Arbeit finanzieren können.

- Wir sind auch dafür eingetreten und haben einen entsprechenden Antrag im Haupt- und Finanzausschuss gestellt – leider erfolglos –, den Satz für die Gewerbesteuer um 30 Punkte auf 480 Punkte zu erhöhen. Gut Gewinnmachende Unternehmungen und Betriebe sollen mehr zur Finanzierung der Stadt beitragen. Bochum wäre mit diesem Satz immer noch unter dem von Bottrop und München, hätte aber über 10 Mio. Euro Mehreinnahmen. Gleichzeitig könnte die Stadt so auch die negativen Folgen der Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung entgegen wirken.

Zum Schluss: Wir lehnen Ein-Euro-Jobs, ebenso wie Dumpinglöhne und Zwangsmaßnahmen ab. Stattdessen soll mit einem Beschäftigungs- und Investitionsprogramm sowie mit einer Beschäftigungsgesellschaft Arbeit auf vielen sinnvollen Gebieten geschaffen werden.

In Bochum müssen alle Bürger/Innen am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb soll der Bochum-Pass erweitert werden, deshalb gilt es für ein Sozialticket im VRR zu kämpfen.

In Bochum darf niemand ins soziale Nichts abstürzen. Keiner darf aus seiner Wohnung vertrieben werden. Vor allem Kinder müssen umfassend betreut, gefördert und umsorgt werden, zu gemeinschaftlichem und solidarischem Handeln erzogen werden.

Der Politik für einen möglichst attraktiven Standort nach kapitalistischen Gesichtspunkten wollen wir die Konzeption einer solidarischen Stadt Bochum entgegen setzen. Eine Stadt, die für alle da ist. In der jeder leben kann, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Einkommen, weltanschaulicher und religiöser Einstellung.

Soziale Liste Bochum im Rat

E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de

Tel.:0234/910 1047 ; Fax.:0234/910 1048

Willy-Brandt-Platz 1-3

44777 Bochum

Bochum 2007-03-22

Frau Oberbürgermeisterin

Dr. Ottilie Scholz

Schriftliche Anfrage der Sozialen Liste Bochum zur Ratssitzung am 19. April 2007,
über den Haupt- und Finanzausschuss

Eigenanteil für Schulbücher/Lernmittel und Mittagsmahlzeit

Beide Problembereiche haben die Ausschüsse und den Rat mehrfach beschäftigt, ohne dass eine befriedigende Lösung gefunden werden konnte. Vor allem das Problem der Nichtteilnahme am Mittagessen wird an den Schulen immer dringender. Wir stellen daher folgende Anfrage:

1. Wie erfolgt bisher der Umgang mit Kindern, deren Eltern den Eigenanteil für Schulbücher und Lernmittel nicht aufbringen können?
2. Wie schätzt die Verwaltung das Problem für das kommende Schuljahr ein?
3. Wie hoch ist der Anteil von Schülern mit diesen Problemen? Gibt es örtliche Unterschiede, wo dieses Problem besonders hoch oder besonders gering ist?
4. Wie weit ist das in diesem Zusammenhang angedachte oder geplante Projekt einer „Bürgerstiftung“?
5. Wie hoch ist der Anteil von Schulkindern in Ganztagschulen, die nicht am Mittagessen teilnehmen? Sind die Gründe für diese Nichtteilnahme bekannt? Wenn ja, welche sind es?
6. Wie schätzt die Verwaltung das Problem der Verpflegung von Schulkindern (Pausenbrot, Mittagessen) insgesamt ein? Wie hoch wäre der finanzielle, organisatorische und personelle Aufwand, um hier eine solche Regelung zu erreichen, dass alle Kinder an einem gemeinsamen Mittagessen in den Schulen teilnehmen können?
7. Wie könnte das Problem des fehlenden Pausenbrotes gelöst werden?
8. Könnte auch hier die „Bürgerstiftung“ tätig werden?
9. Ist es möglich, dass die Verwaltung diese gesamte Problematik aufarbeitet und sie in den Ausschüssen und dem Rat politisch diskutiert wird?

Begründung:

Die Probleme sind sicherlich allgemein bekannt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um Bildungspolitik, demografische Entwicklungen, soziale und Zukunftsfragen haben sie jedoch eine besondere Brisanz und sollten aus kommunalpolitischer Sicht angegangen werden. Wir plädieren daher für eine Diskussion über diese Fragen, wie unter 9 beschrieben.

Freundliche Grüße
Nuray Boyraz

Günter Gleising

Soziale Liste Bochum im Rat

E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de

Tel.:0234/910 1047 ; Fax.:0234/910 1048

Willy-Brandt-Platz 1-3

44777 Bochum

Bochum 2007-04-05

Frau Oberbürgermeisterin

Dr. Ottilie Scholz

Schriftliche Anfrage der Sozialen Liste zur Ratssitzung am 19. April 2007

Verbindliche Grundschulempfehlungen für die Wahl der Schulform in der Sekundarstufe / Probeunterricht

In diesem Jahr sind durch Beschluss der CDU/FDP-Landesregierung erstmals die Empfehlungen der Grundschule für den weiteren Schulbesuch verbindlich. Nur wo Eltern eine andere Schulform ausdrücklich beantragen, soll den Schülern in diesem April Gelegenheit gegeben werden, ihre Eignung hierfür durch Probeunterricht von 3 Tagen Dauer (3 * 3 Stunden) nachzuweisen.

Wir fragen:

1. Die Regierungspräsidenten sprechen von Tausenden in Probeunterricht zu begutachtenden Viertklässlern. Wie viel Schüler in Bochum sind betroffen? 89 ist die absolute Zahl in Bochum. Wie viel Prozent sind das?
2. Angesichts der Befürchtungen des UN-Bildungsexperten Muñoz: Hat die Verwaltung Vorkehrungen getroffen, die Diskriminierung von Migranten- und behinderten Kindern zu verhindern?
3. Beweist der steigende Elternwunsch nach der Schulform Gesamtschule nicht die Notwendigkeit, in Bochum 1-2 neue Gesamtschulen zu eröffnen (statt dafür interessierte Kinder gegen ihren und den Elternwillen in andere Schulformen zu schicken)?
4. Der Verband Bildung und Erziehung hat ermittelt, dass bundesweit die Hälfte aller Hauptschüler aus armen Elternhäusern kommen. Wie sind diese Zahlen für Bochum? Was gedenkt die Verwaltung dagegen zu tun?
5. Wie beurteilt die Verwaltungsspitze die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen angesichts der Tatsache, dass es sich um einen Rückfall in mehr Dreigliedrigkeit handelt und so die Einführung der durch die PISA-Ergebnisse gebotenen Gemeinschaftsschule erschwert wird?

Freundliche Grüße

Günter Gleising

Nuray Boyraz

Soziale Liste Bochum im Rat

E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de

Tel.:0234/910 1047 ; Fax.:0234/910 1048

Willy-Brandt-Platz 1-3

44777 Bochum

Bochum 2007-04-16

Frau Oberbürgermeisterin

Dr. Ottilie Scholz

Schriftliche Anfrage der Sozialen Liste zur Ratssitzung am 19. April 2007

Mögliche Unterstützung des „Steiger Award“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

Wir haben folgende Fragen zu den Veranstaltungen im Rahmen des „Steiger Award“:

1. Haben Stellen der Stadt Bochum finanzielle oder sonstige Unterstützung für den „Steiger Award“ geleistet? Wenn ja, welche?
2. Ist es richtig, dass neben dem „Peplemagazin REVUE“, die Stadtwerke Bochum GmbH, die Jahrhunderthalle Bochum und EBKAPADE zu den Sponsoren des diesjährigen „Steiger Award“ gehören? Wenn ja, welcher Art war diese Sponsoren-Tätigkeit? Welche finanziellen Mittel wurden hierfür aufgebracht?
3. Ist geplant, den „Steiger Award“ dauerhaft in Bochum zu plazieren? Wenn ja, welche Unterstützung oder Hilfen sind durch die Stadt Bochum geplant?

Begründung:

Die Soziale Liste Bochum steht den Veranstaltungen im Rahmen der Verleihung des „Steiger Award“ am 17. März in der Bochumer Jahrhunderthalle kritisch gegenüber. Auch nach intensiver Recherche ist es uns nicht gelungen, einen plausiblen Sinn für den Preis (Award = Belohnung), die Verleihung und die Veranstaltungen herauszufinden. Es sei denn, dass eine Ansammlung von Prominenten und vermeintlichen VIPs schon als Wert an sich angesehen wird.

Vor allem kritisiert die Soziale Liste Bochum, dass dies möglicherweise auch noch mit Sponsorengeldern z.B. der Stadtwerke Bochum erfolgte. Über hohe Eintrittspreise (35 Euro nur für die Veranstaltung, 175 Euro für die Veranstaltung inkl.

Dinner mit Preisträgern und Laudatoren) wurde dafür gesorgt, dass „man unter sich blieb“ und kaum Bürger der Stadt Bochum teilnahmen. Was dies alles mit dem propagierten Ziel der kulturellen und insbesondere sozialen Förderung des Ruhrgebiets zu tun haben soll, bleibt uns auch angesichts der Preisverleihung z.B. an die bayerische Landrätin Frau Pauli oder der Teilnahme von Dolly Buster, Lilo von Kiesenwetter, Begum Aga Kahn oder Birgit Schrowange unerklärlich.

Nuray Boyraz

Günter Gleising

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein.

Konsequent und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**



Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Mitglied werden.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.

Impressum:

Günter Gleising (V.i.S.d.P.), Soziale Liste Bochum, Willy-Brandt-Platz 1-3, 44777 Bochum.

Druck: Eigendruck

E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de

Internet: <http://www.bo-alternativ.de/category/gruppen/soziale-liste>

Telefon: 0234 - 910 10 47, **Fax:** 0234 - 910 10 48